

Stellungnahme der REP-Fraktion
zum Nachtragshaushalt 2015

- es gilt das gesprochene Wort –

Frau Vorsitzende,
meine Damen und Herren,

die Auswirkungen des neuen kommunen Finanzausgleichs machen heute den Beschluss über den 1. Nachtragshaushalt notwendig.

Die REP-Fraktion hat sich immer wieder gegen Steuererhöhungen ausgesprochen und wird demnach logischerweise auch den heutigen Nachtragshaushalt ablehnen.

Meine Fraktion kann nicht verantworten, dass durch die Erhöhung der Gewerbesteuer unsere ortsansässige Industrie, unsere Unternehmen u. Gewerbetreibenden hinsichtlich der Kompensierung ihrer Kosten gezwungen sind, diese wieder im personellen Bereich einzusparen oder gar zukünftig ihren Sitz und ihre Produktion ins Ausland zu verlagern.

Wir wollen nicht verantwortungslos mit unseren städtischen Finanzen umgehen, aber es ist für meine Fraktion nicht einzusehen, sich zum Steigbügelhalter unserer schwarz-grünen Landesregierung zu machen. Wir lassen uns zu nichts zwingen.

Die REP-Fraktion betrachtet die Neuordnung des KFA durch unsere Landesregierung u. die damit verbundene zusätzliche finanzielle Belastung für unseren städtischen Haushalt - milde ausgedrückt - als eine Nötigung an. Dies ist eine Unverschämtheit und ich hoffe, dass die entsprechenden Parteien, die diese Ungerechtigkeit nach der Sommerpause zu beschließen u. letztendlich zu verantworten haben, zukünftig bei Wahlen durch unseren Wähler dementsprechend auch abgestraft werden.

Würden Bund u. die Länder mit ihren noch nie dagewesenen sprudelnden Steuereinnahmen verantwortungsbewusster umgehen, so hätten die Ungerechtigkeiten des KFA sicherlich nicht greifen müssen. Nein im Gegenteil, die Regierungen werfen mit den Finanzen und mit den Steuereinnahmen ihrer Bürger - nur um sich und denken nicht ans Sparen.

Passend hierzu darf ich am Rande nur an die jährlich immer wiederkehrenden Ausführungen im „Schwarzbuch des Bundes für Steuerzahler“ erinnern.

Bezüglich des sich immer mehr abzeichnenden Staatsbankrotes Griechenlandes können wir die auch verliehenen Gelder in Höhe von mindestens 83 Mrd. E abschreiben. Wenn es überhaupt dazu kommen sollte. Und ich glaube, da brauchen wir keine Hellseher zu sein, dass Griechenland demnächst bankrott gehen wird.

Geld, welches dem Bund u. den Ländern letztendlich fehlt u. für wichtigere Aufgaben hätte benötigt werden können. Gelder, welche für dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen, zur Unterstützung unserer Familien u. Alten nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Im Gegenzug wird immer wieder die Bürgerschaft mit weiter steigenden Steuer- u. Abgabenlasten drangsaliert.

Unlängst lag mir eine Statistik vor die besagte, dass Deutschland in Europa die höchsten Steuerabgaben hätte. Weltweit würde unser Land zu den Spitzenreitern gehören.

Ich bin mal gespannt, wie lange sich der Bürger dieses Spielchen noch gefallen lässt, denn es dürfte mittlerweile jedem einzelnen bekannt sein, dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung stetig weiter zunimmt.

Kurzum, für meine Fraktion sind Gebühren- u. Steuererhöhungen kein Thema. Jegliche Vorhaben, den Bürger u. unsere Industrie weiter zu belasten, lehnt meine Fraktion mit Entschiedenheit ab.

Nicht ganz nachvollziehbar ist für uns auch die Tatsache, dass unser städtischer Haushalt ein Plus von 13,2 Mio. € aufweist, wir aber aufgrund der herrschenden Rechtslage nicht mit diesem Geld wirtschaften können und dürfen.

Die Ausführungen hierzu in den zuständigen Fachausschüssen sind zwar einigermaßen zu verstehen, können aber keinem Außenstehenden begreiflich vermittelt werden.

Oder wie wollen Sie dem Bürger erklären, wenn dieser sich etwas angespart hat, er sein Geld nur für bestimmte Zwecke verwenden darf. Für Zwecke, die gesetzlich vorgeschrieben sind.

Ich möchte einmal gerne wissen, was den Gesetzgeber zu solch einem Blödsinn überhaupt getrieben hat.

Einesteils verfügt unser städtischer Haushalt über ein Millionenvermögen, darf diese liquiden Mittel aber nicht nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen verwenden. Das muss man erst einmal jemanden erklären können. Ich jedenfalls kann es nicht.

Anstatt unsere Steuern zu erhöhen, sollten wir lieber ein Augenmerk darauf werfen, welche Einsparungen unser Haushalt in Zukunft bietet.

Die nach der Sommerpause wieder beginnenden Projektsitzungen, die zur Aufgabe haben, unseren städtischen Haushalt zielorientierend auszurichten und zu konsolidieren, werden sicherlich auch dazu führen, dass es zukünftig zu gravierenden Einschnitten im Ausgabenbereich unserer freiwilligen Aufgaben führen wird.

Zu den Ausführungen von Herrn Goetz von den Grünen darf ich von meiner Seite aus nicht unerwähnt lassen, dass diese hinsichtlich der Kritik gegenüber unserem Bürgermeister und dessen angeblicher mangelhaften Unterrichtung der städtischen Gremien nicht so ganz seiner Sorgfaltspflichten nachgekommen zu sein, unrichtig ist. Das stimmt so nicht, Herr Goetz.

Im Fachausschuss I hat der Bürgermeister ganz klar zum Ausdruck gebracht, sich bezüglich des Presseberichtes erst mit den städtischen Gremien abzusprechen u. danach an die Presse zu gehen. Und das hat Christian Somogyi auch getan!

Diese Vorgehensweise wurde durch alle Mitglieder des Fachausschusses so auch akzeptiert. Ich frage mich daher Herr Goetz, wo sie im Fachausschuss I wohl waren? Tut mir leid.

Ich darf nun zum Schluss kommen: Die REP-Fraktion wird hier heute nochmals ihre Zustimmung zur Erhöhung unserer Realsteuerhebesätze, nämlich einer Erhöhung der Grundsteuern A und B verweigern und lehnt daher den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion ab.

Bezüglich unserer ablehnenden Haltung zum 1. Nachtragshaushalt darf ich noch kurz anmerken, dass sich diese nicht gegen unseren Stadtkämmerer und der hiesigen Finanzverwaltung richtet, sondern einzig und alleine gegen unsere herrschende Landesregierung und ist demnach als ein Protest meiner Fraktion anzusehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!